

# Neue Zürcher Zeitung

**SONDERBEILAGE**  
Hybrid-Autos

NZZ – ZEITUNG FÜR DIE SCHWEIZ

gegründet 1780

Donnerstag, 7. Mai 2015 · Nr. 104 · 236. Jg.

www.nzz.ch · Fr. 4.40 · € 4.40



GEMUNU AMARASINGHE / AP

## Freiheit unter Argusaugen

Für Burmas Bevölkerung hat sich viel verändert, seit sich die Militärregierung vor fünf Jahren offiziell zurückzog. Zaghaft machen die Burmesen Gebrauch von den neuen wirtschaftlichen und politischen Freiheiten. Doch sie bewegen sich auf dünnem Eis. Denn bei den Generälen, die einst die Geschicke im Land fest in der Hand hielten, wächst das Unbehagen.

International, Seite 7

## Höhere Hürden für Lebensmittelimporte

Protektionistischer Nationalrat

**flj. Bern** · Der Nationalrat will das Cassis-de-Dijon-Prinzip für Lebensmittel wieder aufheben. Das hat er am Mittwoch entschieden. Seit 2010 können die meisten Produkte aus dem EU-Raum auch auf dem Schweizer Markt verkauft werden. Bei Lebensmitteln gelten allerdings spezielle Vorschriften. Entsprechend gab es bisher nur wenige Bewilligungen. Dennoch fürchten Bauernvertreter und Umweltschützer eine «Verwässerung» der Schweizer Qualitätsstrategie. Zudem habe sich die erwartete Wirkung auf die Preise nicht eingestellt. SVP und Grüne setzten sich mithilfe der Mehrheit von CVP und BDP sowie einer Minderheit aus FDP und SP mit 109 zu 65 Stimmen durch.

Schweiz, Seite 9  
Meinung & Debatte, Seite 21

## Aussage gegen Aussage in Kasachstan-Affäre

PR-Agentur verteidigt sich

**hü.** · Die PR-Firma Burson-Marsteller wehrt sich gegen den Vorwurf, sie habe FDP-Nationalrätin Christa Markwalder nicht ausreichend über die Hintergründe ihres Lobbying-Mandates informiert. Man habe über den kasachischen Auftraggeber «immer offen und transparent informiert», hält die Agentur fest. Zur Frage, ob Markwalder auch über die Entstehungsgeschichte ihrer Interpellation informiert gewesen sei, heisst es: «Auch bezüglich des Inhalts des Mandats sowie des Rahmens unserer Aktivitäten waren wir transparent.» Markwalder selber hält an ihrer Aussage fest, wonach sie nicht gewusst habe, dass der von ihr eingereichte Vorstoss teilweise in Kasachstan formuliert worden sei.

Schweiz, Seite 9  
Meinung & Debatte, Seite 21

## EU will im Internet Grenzen abbauen

Pläne für digitalen Binnenmarkt

**nn. Brüssel** · Obwohl 44 Prozent der Europäer im Internet einkaufen, nutzen nur 7 Prozent E-Commerce-Angebote aus einem anderen EU-Land. Um das Potenzial des grenzüberschreitenden Handels besser auszuschöpfen, hat die EU-Kommission am Mittwoch ein umfangreiches Massnahmenpaket zur Schaffung des digitalen Binnenmarkts präsentiert. Das Projekt, das noch mit mehreren Gesetzesrevisionen konkretisiert werden muss, soll der europäischen Digital-Industrie helfen, zur amerikanischen Konkurrenz aufzurücken. Prüfen will die EU auch, ob sie Online-Plattformen wie Suchmaschinen oder App-Stores neuen Regeln unterwerfen will. Dies löst in den USA Skepsis aus.

Wirtschaft, Seite 23  
«Reflexe», Seite 24

## Israel hat eine neue Regierung

Netanyahu führt eine fragile Mehrheit

Israel wird künftig von einem Kabinett aus konservativen Nationalisten und Religiösen regiert. Die Mehrheit ist klein und bereits zerstritten.

Ulrich Schmid, Muskat

Nach wochenlangen Verhandlungen mit zahlreichen Parteien ist es dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu gelungen, ein Kabinett zusammenzustellen. Kurz vor Mitternacht präsentierte der alte und neue Regierungschef dem israelischen Präsidenten die neue Kabinettsliste.

Netanياهوs Likud-Block war bei den letzten Wahlen im März mit 30 gewonnenen Mandaten als grosser Gewinner hervorgegangen. Nun hat der Likud-Block mit der Kulanu-Partei des populären ehemaligen Ministers Moshe Kachlon, den beiden religiösen Parteien Shas und Vereinigtes Thora-Judentum, die 13 Sitze mitbrachten, und der Partei Jüdisches Heim des Hardliners Naftali Bennet eine Koalition gebildet. Dieses Bündnis verfügt in der Knesset, dem israelischen Parlament, über gesamthaft 61 Sitze.

er werde keinesfalls in der künftigen Regierung mittun. Dies stärkte die Position von Naftali Bennet, dem Chef der Partei Jüdisches Heim, mit dem Netanyahu am Mittwochabend die letzten Koalitionsvereinbarungen aushandelte.

Bennett nutzte die unverhoffte Chance ohne Gewissensbisse und sorgte dafür, dass seine Parteifreundin Ayelet Shaked überraschend Justizministerin wurde. Shaked hat als dezidierte Kritikerin der Immigration aus afrikanischen Staaten Aufmerksamkeit erregt. Bennett selber soll Erziehungsminister werden, seine Ambitionen auf den Posten des Aussenministers hat er aufgegeben. Das Amt des Finanzministers geht an Kachlon.

## Brüchige Mehrheit

Die Knesset hat 120 Sitze. Netanياهوs Mehrheit bricht also schon zusammen, wenn auch nur ein einziger Abgeordneter seiner Koalition bei einer Abstimmung fehlt oder rebelliert. Das macht dauernde Absprachen hinter den Kulissen nötig, und es spornt natürlich die Begehrlichkeit der Junioren in der Koalition an.

Der israelische Regierungschef wird zu permanenten Kompromissen und Geschenken, auch an die Opposition, gezwungen sein, um Politik gestalten zu können. Stellt man die krasse Personenbezogenheit israelischer Politik und das Fehlen praktisch jeder ideologischen Disziplin in Rechnung, wird man der neuen Regierung keine lange Lebensdauer vorhersagen wollen.

## Bennets einmalige Chance

Dass die neue Regierung so fragil ist, liegt in erster Linie an Avigdor Lieberman, dem Chef der rechtsnationalistischen Partei Unser Zuhause Israel, der am Montag überraschend verkündete,

## Germanwings-Co-Pilot hat Absturz getestet

**nyf.** · Die französischen Untersuchungsbehörden haben am Mittwoch einen Zwischenbericht zum Absturz des Germanwings-Airbus vorgelegt. Ihre Rekonstruktion in Form eines Minutenprotokolls ergab klar, dass der Co-Pilot Andreas L. das Flugzeug mit Absicht zum Absturz brachte. Bereits auf dem Hinflug testete er demnach den bewussten Sinkflug, den er beim Rückflug dann bis zum Crash durchführte.

Panorama, Seite 22

## EQUITY

**MIT NEUEM NAMEN**  
Wann bringt ein Re-Branding einer Firma neuen Schwung?  
Wirtschaft, Seite 28

**ZU CHINESISCHEN PREISEN**  
Die Chemiefirma Siegfried will in China vom Trend zum Outsourcing profitieren  
Wirtschaft, Seite 30

## WETTER

### Ziemlich sonnig

In der ganzen Schweiz meist sonnig. Im Osten anfangs noch Restbewölkung. Danach überall recht viel Sonne. Höchsttemperaturen im Flachland um 19 Grad, im Tessin um 22 Grad. Im Tagesverlauf einige Quellwolken und gegen Abend aus Westen aufziehende Schleierwolken.

Seite 51

## BÖRSE

Dow Jones	17841,98	▼	-0,48%
SMI	8888,92	▼	-1,50%
Euro in Franken	1,039	▲	0,25%
Erdöl (WTI in \$)	60,58	▼	-0,13%

Seite 31

## INTERNATIONAL

Sarkozy gibt der UMP einen neuen Anstrich

Seite 3

## INTERNATIONAL

Die nordischen Staaten vereint gegen Moskau

Seite 6

## ZÜRICH UND REGION

Protest gegen Abbau bei Fachschule Viventa

Seite 17

## PANORAMA

Fünfsternhotel feiert 150. Geburtstag

Seite 22

## WIRTSCHAFT

Das Geschäft mit Staatsbürgerschaften

Seite 26

## BÖRSEN UND MÄRKTE

Minusrenditen gegen Sicherheit

Seite 31

## SPORT

Schweizer Mühen an der Eishockey-WM

Seite 43

## SPORT

FC Barcelona besiegt Bayern München klar

Seite 44

## FEUILLETON

Krieg, Propaganda und Zensur in Vietnam

Seite 45

## Hybrid-Autos



Das Prinzip des Hybridantriebs mit seiner Kombination aus zwei Antriebsquellen im Auto ist mehr als 100 Jahre alt, doch den Siegeszug trat es erst seit 1997 mit dem Toyota Prius an. Hybridautos leisten mit ihrer Verbreitung einen wichtigen Schritt zur vollständigen Elektrifizierung des Automobils.

Sonderbeilage Mobil



Sportresultate 42 TV/Radio 53 Fahrzeuge 32 Bildung 32 Anlagefonds 39 Veranstaltungen 48 Kino 50 Trauer 8, 14

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 15 30, weitere Angaben im Impressum Seite 49.

Nationalrat sagt mit Abstrichen  
Ja zum Sparpaket Seite 11

Westschweizer Stromnetz-Deal  
wirft rechtliche Fragen auf Seite 11

Keine Extrawurst für  
den Hockeyklub Ambri-Piotta Seite 12

Vor 200 Jahren wurde das Wallis  
Teil der Schweiz Seite 13

# Bauern und Umweltschützer setzen sich durch

Der Nationalrat will das Cassis-de-Dijon-Prinzip für Lebensmittel aufheben

Der Nationalrat will kürzlich abgebaute Hürden für den Import von Lebensmitteln wieder aufbauen. Argumentiert wird mit der Qualität hiesiger Produkte und der bisher ausgebliebenen Wirkung auf die Preise.

Jan Flückiger, Bern

Hörte man den Votanten am Mittwoch im Nationalrat zu, welche für die Abschaffung des Cassis-de-Dijon-Prinzips plädierten, hätte man den Eindruck gewinnen können, der Schweizer Lebensmittelmarkt würde von Produkten niederer Qualität aus dem EU-Raum regelrecht überflutet. Die hohen Schweizer Qualitäts- und Produktionsstandards würden «verwässert», sagte Bauernverbandspräsident Markus Ritter (cvp., St. Gallen) namens der Mehrheit der Wirtschaftskommission. Louis Schelbert (gp., Luzern) sagte gar, diese würden durch billigere Zusatz- und Inhaltsstoffe «untergraben».

## Nur wenige Produkte

Seit 2010 können die meisten in der EU oder einem EU-Land zugelassenen Produkte auch auf dem Schweizer Markt verkauft werden. Die Schweiz hat das sogenannte Cassis-de-Dijon-Prinzip damals einseitig übernommen. Für Lebensmittel gilt allerdings eine spezielle Regelung. Diese brauchen zusätzlich eine Bewilligung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), welches unter anderem prüft, ob ein Produkt gesundheitlich unbedenklich ist und die Inhaltsstoffe korrekt deklariert sind. Gemäss einer aktuellen Statistik des BLV wurden im Lebensmittelbereich bisher lediglich 53 Gesuche bewilligt.

Davon betrifft die Hälfte nicht einmal die inhaltliche Zusammensetzung eines Produkts, sondern die Art der Kennzeichnung und Beschriftung, wie Kathrin Bertschy (gp., Bern) ausführte. Angesichts dieser Ausgangslage könne



Die SVP-Fraktion, im Bild, setzte sich erfolgreich für höhere Hürden beim Import von Lebensmitteln ein.

LUKAS LEHMANN / KEYSTONE

man deshalb nicht davon sprechen, dass die Qualität in Gefahr sei. Vielmehr werde durch die Abschaffung von «Cassis de Dijon» der Konsument bevormundet. «Die Konsumenten sollen selber entscheiden, ob ihnen eine Rahmglace mit fünf oder sechs Prozent Fettanteil besser schmeckt», so Bertschy. Wenn man die Vielfalt der Produkte einschränke, befördere man lediglich den Einkaufstourismus.

Die Votanten der Gegenseite zweifelten hingegen, dass die Nachfrage nach diesen Produkten überhaupt bestehe. Sie wiesen darauf hin, dass die erwartete Auswirkung auf die Preise bisher ausgeblieben sei. «Der in Aussicht gestellte Vorteil im Umfang von zwei

Milliarden Franken ist bei den Konsumenten nie angekommen», sagte Schelbert. Hansjörg Walter (svp., Thurgau) ergänzte, man müsse jetzt den Mut haben, «etwas, das sich nicht bewährt hat», wieder abzuschaffen.

## Zu früh für Bilanz

Bertschy widersprach. Zwar könne eine preissenkende Wirkung des Cassis-de-Dijon-Prinzips empirisch bis jetzt nicht nachgewiesen werden, aber das heisse nicht, dass es keine Wirkung habe. Denn die Preise würden auch von den Wechselkursen abhängen, und man wisse nicht, wie sie sich ohne «Cassis de Dijon» entwickelt hätten.

Prisca Birrer-Heimo (sp., Luzern), Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz, sagte, es sei noch zu früh, um die Wirkung auf die Preise abschliessend zu beurteilen. Entscheidend für die Konsumenten sei vor allem die korrekte Deklaration der Produkte. Ruedi Noser (fdp., Zürich) hielt ein Plädoyer für den Abbau von Handelshemmnissen. Doch weder er noch Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann konnten verhindern, dass auch zehn Mitglieder der FDP – zusammen mit SVP, Grünen, der Mehrheit von CVP und BDP und einem Teil der SP – für höhere Hürden bei Lebensmittelimporten stimmten. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.

# Der FDP-Chef Müller fordert Vorsicht gegenüber Lobbyisten

Grosse Nervosität bei Lobbyisten und Parlamentariern nach Lobbying-Affäre um Kasachstan

Politiker müssten bei Lobbyisten kritischer hinschauen, fordert der FDP-Chef Müller. Umstritten bleibt, wie viel Nationalrätin Markwalder über die Entstehung ihrer Interpellation wusste.

Markus Häflicher, Bern

Die Lobby-Affäre um Kasachstan, die PR-Firma Burson-Marsteller und FDP-Nationalrätin Christa Markwalder führt bei den Beteiligten zu grosser Nervosität. Die Agentur Burson-Marsteller publizierte im Internet eine Stellungnahme zu ihrer Mitarbeiterin Marie-Louise Baumann, die sie wenig später um 180 Grad korrigierte (vgl. Zusatzartikel).

Auch die SP trat im Laufe des Tages stark auf die Bremse. Zunächst wollten mehrere SP-Nationalräte um Cesla Amarelle (Waadt) eine Interpellation einreichen, die sich ebenfalls gegen Baumann gerichtet hätte. Dem Vernehmen nach wollte die SP die Verwaltungsdelegation des Parlaments anfragen, ob man Baumann den Zutrittsausweis zum Parlament entziehen müsse. Die Interpellation wurde aber in letzter Minute gestoppt. Man wolle die Frage nun bis zur Juni-Session genauer klären, lautet Amarelles Begründung.

In der Wandelhalle kursieren aber auch Gerüchte, gemäss denen Baumann

eventuell über Beweise verfüge, dass Markwalder mehr über die Hintergründe von Baumanns Arbeit gewusst habe, als sie jetzt zugebe. Sollte Baumann solche Beweise vorbringen, könnte dies im Dezember Markwalders Wahl zur Nationalratspräsidentin gefährden. Das wäre nicht im Interesse der SP, weil Markwalder zwar eine Bürgerliche, in der Europafrage aber oft mit der SP einig ist.

## «Ich war naiv»

Markwalder selber nahm am Mittwoch offensiv zur Sache Stellung. Gegenüber den Medien bekräftigte sie ihre Aussage vom Vortag (NZZ 6. 5. 15). Sie habe nicht gewusst, dass das Wort Menschenrechte auf Betreiben der Kasachen aus

ihrer Interpellation gestrichen worden sei. Ihr sei es nur um die Verbesserungen der Beziehungen zu Kasachstan gegangen. «Ich war in dieser Sache naiv», gab sie gegenüber der Online-Ausgabe des «Tages-Anzeigers» zu. Sie habe jedoch «in keiner Weise davon profitiert».

Burson-Marsteller hält fest, man habe über den kasachischen Auftraggeber «immer offen und transparent informiert». Zur Frage, ob Baumann die Nationalrätin auch über die Details der Entstehungsgeschichte der Interpellation informiert habe, sagt CEO Matthias Graf: «Auch bezüglich Inhalt des Mandats sowie des Rahmens unserer Aktivitäten waren wir transparent.» Man sei aber noch mit der Aufarbeitung des Falls beschäftigt, so Graf.

## Grobe Panne bei Burson-Marsteller

flj./hü. · Sieben Kompetenzen listet die PR-Firma Burson-Marsteller auf ihrer Website auf, und die erste lautet «Krisenkommunikation». Bei der Krisenkommunikation in eigener Sache ereignete sich am Mittwoch aber eine grobe Panne. Am Mittag veröffentlichte die Agentur auf ihrer Website eine Stellungnahme zur Kasachstan-Affäre, in der sie ihre Senior Adviser Marie-Louise Baumann in den Regen stellte. «Wir distanzieren uns in aller Form vom Vorgehen unserer Mitarbeiterin», schrieb die

Agentur. Kurz darauf war das Communiqué verschwunden. Erst Stunden später wurde es durch eine Version ersetzt, die Baumann keine Schuld zuweist.

CEO Matthias Graf erklärt den Vorgang damit, «dass wir am Vormittag im Rahmen des Krisenmanagements verschiedene Szenarien und Statements entwickelt haben». Dann habe man versehentlich ein falsches Statement online geschaltet. Baumann ist heute freie Mitarbeiterin der Agentur; bis Ende 2014 war sie Verwaltungsratspräsidentin.

«Seid bitte vorsichtiger bei Lobbyisten!» Mit diesem Aufruf an die Adresse seiner Parlamentarier reagiert FDP-Präsident Philipp Müller. Für ihn ist nicht das Lobbying ein Problem: «Mit Lobbyisten zu reden heisst Know-how abholen.» Ein guter Parlamentarier rede mit Lobbyisten aller Seiten, dann filtere er die Informationen. «Wenn man als Parlamentarier von einem Lobbyisten einer PR-Agentur angegangen wird, ist es jedenfalls klar, dass der Lobbyist von jemandem bezahlt wird.»

## «Das kann passieren»

Politik ohne Interessenvertretung durch Lobbyisten sei gar nicht möglich, sagt auch CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. Es liege in der Verantwortung des Politikers, das Wissen, das er von Lobbyisten erhalte, zu hinterfragen. Das sei im Fall Kasachstan wohl zu wenig passiert, sagt er und nimmt Markwalder in Schutz: «Das kann passieren.» Carlo Sommaruga (sp., Genf) beobachtet gerade in der Aussenpolitik einen neuen Trend. Schon früher hätten Vertreter ausländischer Staaten Kontakte zu Parlamentariern gesucht, was auch legitim sei. In letzter Zeit schalteten ausländische Akteure aber zunehmend PR-Agenturen ein. Dadurch werde es schwieriger, Auftrag- und Geldgeber zu identifizieren.

Meinung & Debatte, Seite 21

# Protektionismus feiert Urständ

Die Hochpreisinsel wird zementiert

Jan Flückiger · Das Lamento über die Hochpreisinsel Schweiz ist von links bis rechts verbreitet. Ebenso das Gejammer über die fünf Milliarden Franken, die der hiesigen Wirtschaft jährlich durch den Einkaufstourismus verloren gehen. Verschärft wird die Problematik durch den starken Franken. Und was macht der Nationalrat? Ausgerechnet diejenigen Kräfte, die sonst dem freien Markt das Wort reden, wollen eben abgebaute Hürden für den Import von Lebensmitteln aus dem EU-Raum wieder aufbauen. Argumentiert wird mit der bedrohten Schweizer «Qualitätsstrategie» und damit, dass die Preiswirkung von «Cassis de Dijon» bisher unter den Erwartungen geblieben sei.

Ob die Qualität inländischer Produkte per se immer besser ist, darf bezweifelt werden. Doch selbst wenn dem so wäre: Der Konsument soll selber entscheiden können, welche Qualität ihm welchen Preis wert ist. Grundlegende Standards im Bereich des Gesundheits- und des Tierschutzes sind auch im heutigen System garantiert. Darüber hinaus muss der Konsument wissen, woher ein Produkt kommt und welchen Standards es genügt. Ersteres ist heute bereits der Fall, Letzteres wollte der Bundesrat per Verordnung sicherstellen.

Dass die Preise bisher nicht im erwünschten Mass gefallen sind, hat verschiedene Gründe. Erstens sind die administrativen Hürden auch mit «Cassis de Dijon» immer noch hoch. Zweitens überlagerte sich dessen Einführung mit der ersten Phase der Frankenstärke. Niemand weiss, wie sich die Preise ohne «Cassis-de-Dijon» entwickelt hätten. Es ist aber davon auszugehen, dass allein die Möglichkeit des Parallelimports eine preisdämpfende Wirkung hat.

Der Entscheid ist eine Mischung aus verkürzter Qualitäts-Romantik und Zugeständnissen an die Landwirtschaft. Statt für mehr Marktwirtschaft votiert der Nationalrat bedauerlicherweise für mehr Protektionismus.

# Harmos-Abstimmung im Kanton St. Gallen

Initiative fordert Austritt

(sda) · Im Kanton St. Gallen ist eine Initiative zustande gekommen, die den Austritt aus dem Harmos-Konkordat verlangt. Es seien 6974 gültige Unterschriften gesammelt worden, teilte das Komitee «Starke Volksschule St. Gallen» am Mittwoch mit. Eigentliches Vorhaben des Komitees ist es, die Einführung des Lehrplans 21 zu verhindern. Für dieses Ziel braucht es aber einen Umweg. Der Plan des Komitees sieht so aus: Der Kanton St. Gallen soll zuerst aus dem Harmos-Konkordat austreten – und wäre dann frei, den Lehrplan 21 nicht einzuführen. Allerdings hat die Stimmbevölkerung bereits einmal über Harmos abgestimmt und den Beitritt St. Gallens im November 2008 gutgeheissen.

Das Komitee wollte zuerst noch eine zweite Initiative lancieren. Darin ging es um Änderungen im Volksschulgesetz. Es wurde «ein klarer und verständlicher Lehrplan» verlangt. Weiter wären eine Mitsprache des Parlaments und die Beschränkung auf eine Fremdsprache in der Primarschule festgeschrieben worden. Diese zweite Initiative hat die St. Galler Regierung aber für ungültig erklärt, weil solche Gesetzesänderungen nicht möglich seien, solange der Kanton Mitglied des Harmos-Konkordats sei. Gegen diesen Entscheid hat das Komitee vor Verwaltungsgericht rekursiert. Ein Urteil steht noch aus.

## Geheimdienste und die Freiheit des Westens

Die Aufregung um den deutschen Bundesnachrichtendienst zeugt von verlorenem Vertrauen. Das ist kein gutes Zeichen für die Verteidigung westlicher Werte. Von Markus Ackeret

Empörungsbewirtschaftung ist ein Teil der Politik. Die vielfältige Parteien- und Medienlandschaft in Deutschland fördert sie geradezu, und in Zeiten einer grossen Koalition und einer umso kleineren Opposition ist die Versuchung selbst unter den Koalitionspartnern gross, davon Gebrauch zu machen. Alles, was in den vergangenen bald zwei Jahren seit den Enthüllungen des amerikanischen Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden über vermutete und tatsächliche Abhörpraktiken des amerikanischen Dienstes National Security Agency (NSA) und seiner europäischen Partner an die Öffentlichkeit drang, löste sogleich grösste Aufregung aus. Die Berichte darüber gehen wie Schockwellen durch die Berliner Politik. Allein der Umstand, dass Nachrichtendienste im Verdeckten operieren, erweckt bei den Politikern Misstrauen und Zweifel. Das erleichtert aber auch die politische Ausschaltung: Angegriffene können sich kaum wehren, weil sie den Behauptungen erst nach langwierigen Abklärungen die Fakten entgegenhalten dürfen.

### Ohne die Amerikaner ein Habenichtes

Auch in der neuesten Aufregung um die Rolle des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) bei Spionagetätigkeiten der Amerikaner zielt die Diskussion an den eigentlich wichtigen Fragen vorbei. Medien und Politikern, die gegenwärtige und frühere Spitzenfunktionäre im Kanzleramt und auch die Bundeskanzlerin selbst des Verrats bezichtigen, geht es tatsächlich nur um Empörungsbewirtschaftung. Sie haben zudem vergessen, was das Wort «Verrat» im Kern bedeutet. Noch ist überhaupt nicht bewiesen, was genau der BND und die NSA mit jenen Suchanfragen (Selektoren), die anscheinend auf europäische Politiker und Firmen gerichtet waren, machten und dass der BND mehr als ein leicht unbedarfter, eifriger Handlanger für die NSA gewesen ist. Die immer wieder als Schauplatz des Geschehens erwähnte, ursprünglich amerikanische Abhöranlage in Bad Aibling lauscht vor allem im Nahen Osten, nicht in Europa.

Selbst wenn über den nahöstlichen Umweg auch Erkenntnisse über französische Unternehmen und Politiker gesammelt worden sein sollten, ist Paris nicht ohne Grund dieser Tage sehr schweigsam. Gerade hat die Nationalversammlung ein erweitertes

Nachrichtendienstgesetz verabschiedet, und dass Frankreichs Dienste sich auch für wirtschaftliche Belange interessieren, ist kein Geheimnis. Die moralische Überlegenheit, nach der mancher in Deutschland den BND ausrichten möchte, wirkt angesichts globaler Realitäten ein wenig naiv. Die «selbstgewählte Abhängigkeit» von der NSA, die dem BND und seiner politischen Aufsicht nun vorgeworfen wird, hat mit deutschen und globalen Realitäten zu tun. Diese Abhängigkeit ergibt sich aus der Leistungsfähigkeit des Bundesnachrichtendienstes. Er ist ohne Kooperationen mit befreundeten Diensten ein Habenichtes. Die Geschichte mag den Deutschen Argumente liefern für ihre Skepsis gegenüber Geheimdiensten. Der heilige Zorn, der sie bei den Stichworten BND und NSA überkommt, hat jedoch oft mehr mit anti-amerikanischen Reflexen zu tun.

Der innerdeutschen Diskussion mangelt es an einer erweiterten Perspektive. Dass Nachrichtendienste einander gegenseitig ausnutzen und ausspionieren, mag verwerflich erscheinen, aber gehört zum Geschäft. Die Enthüllungen Snowdens und Erkenntnisse daraus haben aber zwischen den Diensten eigentlich befreundeter Staaten und zwischen den Diensten und der Öffentlichkeit zu einem Vertrauensverlust geführt.

### Schmaler Grat

Die freiheitliche westliche Gesellschaftsordnung ist noch immer von aussen weitaus mehr bedroht als durch ausgreifende Nachrichtendienste von innen. Der islamistische Terror versucht sich in Europa und den USA einzunisten. Russische und chinesische Dienste nutzen die offene Gesellschaft zur Propagierung ihrer den «westlichen Werten» entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen und zu Wirtschaftsspionage aus.

Innerhalb des Westens erforderte das eigentlich Geschlossenheit. Die Freiheit westlicher Gesellschaften wird auch durch Nachrichtendienste verteidigt – aber nur dann, wenn diese einander einigermassen vertrauen und das Vertrauen der Öffentlichkeit geniessen. Demokratische Legitimierung der Dienste ist wichtig, ein gewisses Eigenleben unumgänglich. Der Grat ist schmal. Der Überwachungsstaat ist das Gegenteil einer liberalen Demokratie, aber ganz ohne Überwachung ist diese schutzlos; im digitalen Zeitalter gilt das erst recht.

## Ramponierte Briefträgerin

Die designierte Nationalratspräsidentin hat sich fahrlässig instrumentalisiert lassen. Den Milizpolitikern in Bern wird geraten, professioneller zu agieren. Von René Zeller

Es gehört zum Pflichtenheft von Medienschaffenden, unbequem zu sein. Auch die NZZ recherchiert hartnäckig – und stösst mitunter auf brisantes Quellenmaterial. Der elektronische Briefwechsel zwischen kasachischen Amtsträgern und der Schweizer Filiale der Kommunikationsagentur Burson-Marsteller enthält Zündstoff. Höchst unangenehm ist der Inhalt vor allem für FDP-Nationalrätin Christa Markwalder. Die amtierende Vizepräsidentin der grossen Kammer ist als Briefträgerin des kasachischen Regimes enttarnt worden. Ob Markwalder sich leichtfertig hat instrumentalisiert lassen, ob sie schlicht zu gutgläubig agierte oder doch besser über die Absichten des aus Kasachstan gesteuerten Lobbyings informiert war, als sie im Nachhinein beteuert, bleibe dahingestellt. Faktum ist, dass die Berner Nationalrätin ihre Glaubwürdigkeit als Aussenpolitikerin aufs Spiel gesetzt hat.

### Nicht nur Gutmenschen am Werk

Wenn Christa Markwalder nun als Strippenzieherin am Pranger steht, so lässt sich zu ihrer Ehrenrettung anfügen: Sie ist keineswegs die einzige Parlamentarierin unter der Bundeshauskuppel, die sich von Lobbyisten einspannen lässt. Wer meint, in Bundesbern seien lauter demokratisch gewählte Gutmenschen am Werk, die sich der Res publica und sonst gar niemandem verpflichtet fühlen, irrt gewaltig. Der unentwegt und trickreich geführte Wettstreit um Macht und Einfluss ist integrierter Bestandteil der Politik – auch in der Schweiz.

Die ans Licht beförderte Kasachstan-Affäre belegt, dass professionelle Lobbyisten das Bundeshaus umzingeln. Die kasachischen Interessenvertreter haben in Grauzonen operiert. Sie entlöhnen ihre mit den hiesigen Gepflogenheiten vertrauten «Zwischenhändler» – ob sie für Burson-Marsteller weibeln oder Thomas Borer heissen – fürstlich. Und sie setzen darauf, dass die vielbeschäftigten Milizparlamentarier nicht in der Lage sind, ihre verschlungene Vorgehensweise zu entschlüsseln.

Wohlgemerkt: Was hinter den Kulissen der eidgenössischen Politik abläuft, ist nicht verboten. Lobbying gehört genauso zum politischen Handwerk wie die Kanzel in die Kirche. Alle machen mit: Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, Umweltorganisationen und Denkfabriken, gemeinnützige Institutionen und multinationale Konzerne, Heimatschützer und Kasachen.

Unappetitlich wird das Spiel um Macht und Einfluss allerdings, wenn elementare Spielregeln miss-

achtet werden. Das Zauberwort heisst Transparenz. Lobbying ist nur dann legitim, wenn die für klingende Münze mandatierten Interessenvertreter gegenüber den politischen Mandatsträgern ihre Absichten, Erwartungen und Ziele offenlegen. Das gilt für ausländische Akteure ebenso wie für inländische Einflüsterer. Die gewählten National- und Ständeräte ihrerseits sind gehalten, diese Transparenz von den Lobbyisten schonungslos einzufordern. Wenn sie das nicht tun und ihren Informanten gutgläubig vertrauen, agieren sie leichtsinnig. Christa Markwalder hat offenkundig viel zu wenig energisch nachgefragt, wer in der Causa Kasachstan effektiv die Fäden ziehe. Mehr noch: Sie hat ihren parlamentarischen Werkzeugkasten zur Verfügung gestellt, ohne zu wissen, wer sich der darin enthaltenen Instrumente bedient. Das ist fahrlässig.

Im Umgang mit Lobbyisten ist unseren Milizparlamentariern jedenfalls dringend zu empfehlen: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

### Unerfülltes Transparenzgebot

Hat das schweizerische Milizparlament Zukunft? Wer diese Frage aufwirft, wird nicht zuletzt von Milizparlamentariern kritisiert. Das System funktioniert nach wie vor gut, die Schweiz brauche keine abgehobene Kaste von Berufspolitikern.

Leider funktioniert das Wechselspiel von Lobbyisten und Parlamentariern nicht nur gut. Die wiederkehrenden Versuche, den Zutritt der Interessenvertreter ins Bundeshaus vom bestehenden Feld-Wald-und-Wiesen-Modus zu befreien, sind bisher allesamt am Widerstand des Parlaments gescheitert. Das Gebot vermehrter Transparenz wird damit aktiv hintertrieben – nicht zum Vorteil des Milizparlaments. Immerhin hat sich das Parlament vor Jahren mit dem Register der Interessenbindungen selber in die Pflicht genommen. Doch auch hier besteht Verbesserungspotenzial: Solange etwa in den parlamentarischen Sicherheitskommissionen Parlamentarier sitzen, die sich von Rüstungsfirmen honorieren lassen, herrscht nicht wirklich Transparenz. Der Glaubwürdigkeit des Parlaments sind solchen «verdeckten Mandatsträger» abträglich.

Die Kasachstan-Affäre sollte für alle Milizparlamentarier Anlass sein, um ihre eigenen Verflechtungen gründlich zu hinterfragen. Und wir Medienschaffenden müssen unbequem bleiben – nach dem Motto: Wer im Bundeshaus klandestin instrumentalisiert wird und sich als unbedarfte Briefträgerin erwischen lässt, ist selber schuld.

### GASTKOMMENTAR

## Reform der Agrarpolitik gegen die Frankenstärke

Mit einer grundlegenden Liberalisierung der Landwirtschaftspolitik könnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft gestärkt werden, was manchen besonders bedrohten Branchen helfen würde. Von René L. Frey

Die Freigabe des Euro-Wechselkurses hat bisher noch zu wenig sichtbaren Schäden für die schweizerische Volkswirtschaft geführt. Dies dürfte sich ändern, sobald grössere Standortverlagerungen die Arbeitslosigkeit erhöhen. Die Hoffnung, dass sich die Situation an der Wechselkursfront von selber beruhigt, ist bestenfalls für den Dollar, nicht aber für den für die Schweiz wichtigeren Euro angebracht. Wir müssen daher im Inland ansetzen.

### Müchtige Interessenorganisationen

Ideen, was wir tun könnten und sollten, liegen zuhauf auf dem Tisch. Sie betreffen zum einen die Mikroebene der Unternehmenspolitik, zum anderen die Meso- und Makroebene der Wirtschaftspolitik. Kürzerfristig geht es um Massnahmen zur Kostensenkung, mittel- und längerfristig um solche zur Effizienzsteigerung. Für beides braucht es richtige Anreize. Dafür ist vor allem der Staat verantwortlich. Auch diesbezüglich fehlt es nicht an Vorschlägen. Im Vordergrund stehen eine innovationsorientierte Steuerung der Volkswirtschaft (namentlich Abbau bürokratischer Hemmnisse) sowie Deregulierungen und Steuerreformen. Auffallend ist, dass auf den Reformlisten derjenige Bereich, in dem am stärksten wider den Geist der Marktwirtschaft gesündigt wird, fehlt oder bloss in einem Nebensatz erwähnt wird: die Landwirtschaft.

Wie dem im März erschienenen Bericht der OECD zur schweizerischen Agrarpolitik zu entnehmen ist, trägt die Landwirtschaft heute in der

Schweiz weniger als ein Prozent zum BIP bei. Auch bezüglich Beschäftigung bewegt sie sich im unteren Prozentbereich. Wie keine andere Branche stützt und fördert der Bund den Agrarsektor mit einer Fülle von Massnahmen. Wer trägt die Kosten, wer die sonstigen Nachteile?

- > Steuerzahler und Konsumenten werden jährlich mit über sechs Milliarden Franken belastet.
- > Die Agrar- und die Nahrungsmittelindustrie werden in ihren Exportchancen gehemmt, weil inländische Rohstoffe zu teuer sind.
- > Für das Gastgewerbe und den Tourismus sind Nahrungsmittel ein grosser Kostenblock.
- > Der Detailhandel leidet unter dem Kaufkraftabfluss ins grenznahe Ausland.
- > Der Agrarprotektionismus erweist sich immer wieder als Bremsklotz, wenn es darum geht, mit Drittstaaten Freihandelsabkommen zugunsten unserer Exportindustrie abzuschliessen.

Statt zu jammern, sollten diese weitgehend hausgemachten Probleme unter dem Druck der derzeitigen Frankenstärke angepackt werden. Doch keine Partei wagt es, gegen die politisch mächtigen Interessenorganisationen der Landwirtschaft anzutreten und der protektionistischen Agrarpolitik den Garau zu machen. Erfreulich ist immerhin, dass seit den 1990er Jahren mehrere Reformen die gesamtwirtschaftlichen Lasten reduziert haben. Dies wird auch im Agrarbericht 2015 der OECD lobend hervorgehoben. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise liegen nicht mehr 70 Prozent, sondern bloss noch rund 50 Prozent über dem Weltmarktniveau. Zusammen mit Norwegen,

Südkorea und Japan bleibt die Schweiz gleichwohl in der unrühmlichen Spitzengruppe der Agrarprotektionisten.

Die prekäre Situation, in welche die schweizerische Volkswirtschaft durch die Aufhebung der Euro-Untergrenze geraten ist, macht weitere Reformen der Agrarpolitik nötig. Dabei muss zwischen privaten und öffentlichen Gütern unterschieden werden. Nahrungsmittel sind rein private Güter – sie sind verkäuflich und werden individuell konsumiert. Es ist nicht einzusehen, warum der Staat hier in das marktwirtschaftliche Spiel von Nachfrage (Bedürfnisse der Bevölkerung) und Angebot (Produktionsbedingungen) eingreifen soll. Die von den Interessenorganisationen ins Feld geführte «Versorgungssicherheit» ist ein vorgeschobenes Argument. Der gut klingende Begriff vertuscht, dass es primär darum geht, den Bauern Einkommen zu garantieren. Warum aber werden andere wettbewerbsschwache, schrumpfende oder technologisch veraltete Branchen nicht ebenso unterstützt?

### Markbedingungen schaffen

Anders zu behandeln sind die öffentlichen Güter wie namentlich der Umwelt-, Landschafts-, Natur- und Tierschutz. Die Bauern können diese Dienste nicht auf Märkten verkaufen. Wenn die Bevölkerung öffentliche Güter haben will, müssen diese via Staat bestellt und aus Steuermitteln bezahlt werden. Für die in Artikel 104 der Bundesverfassung

genannte «Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» braucht es an Auflagen geknüpfte Direktzahlungen. Und für die «dezentrale Besiedlung des Landes» ist der Finanzausgleich das geeignetste Instrument. Schutz- und Ausgleichsziele als Nebenprodukte der Herstellung von Milch, Fleisch, Getreide usw. zu behandeln, ist ineffizient und benachteiligt die Volkswirtschaft über Gebühr. Die öffentlichen Güter müssen vielmehr zu Hauptanliegen der Agrarpolitik werden. Die Bauern können dann immer noch Nahrungsmittel herstellen – jedoch unter Marktbedingungen. Subventionen der klassischen Art sowie Agrarzölle und sonstige Schutzmassnahmen an der Grenze werden überflüssig. Der Einkaufstourismus geht zurück, weil das Preisgefälle zwischen In- und Ausland sinkt. Für die Nahrungsmittelindustrie, den Tourismus und das Gastgewerbe verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit.

Und die Bauern? Wären sie die Opfer der skizzierten Liberalisierung der Agrarpolitik? Diejenigen Landwirte, die bereit und fähig sind, sich – wie die Produzenten anderer Waren und Dienstleistungen – an Marktsignalen auszurichten, könnten sich echt unternehmerisch profilieren und würden den Nimbus von Subventionsbezügern verlieren. Die Landwirtschaft wäre nicht mehr ein Klumpfuss für die Volkswirtschaft. Diese erhielte vielmehr bessere Karten für die Bewältigung der Frankenstärke.

René L. Frey ist emeritierter Professor für Nationalökonomie an der Universität Basel und heute Mitglied des Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema).